

MINDESTLOHN FÜR ALLE!

Wie die Pankower SPD schon 2005 den Weg wies!

2005 verfasste die SPD Helmholtzplatz das bundesweit erste Strategiepapier zum Thema „Gerechte Teilhabe durch echten Mindestlohn“. Schon zum damaligen Zeitpunkt thematisierte sie, dass viele Menschen mit einer regelmäßigen Vollzeitarbeit in Armut leben müssen und auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Das widerspricht dem sozialdemokratischen Gesellschaftsverständnis. Die SPD steht für die soziale Marktwirtschaft und nicht für einen entfesselten Heuschreckenkapitalismus.

Wie ist die Situation heute?

Der von der schwarz-gelben Regierung beschworene Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt erfolgt vor allem auf Kosten der Menschen, die einer prekären Arbeit nachgehen müssen und davon nicht leben können. Die stetige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ist an der Tagesordnung. Schon heute droht jedem zehnten Erwachsenen die Privat-

insolvenz. Die Selbstregulierung des Marktes setzt ein Gleichgewicht zwischen den Sozialpartnern voraus. Dieses Gleichgewicht ist heute aber gestört. Deshalb gibt es Löhne und Tarife, die zum Teil so niedrig sind, dass Millionen Arbeitnehmer zusätzlich Transferleistungen beziehen müssen. Branchentarife werden zusätzlich durch Leiharbeitsfirmen unterlaufen.

Sicherlich hat Leiharbeit Vorteile für die Volkswirtschaft, denn damit kann die Produktion zeitnah dem Markt angepasst werden. Das aber muss es den ausleihenden Firmen auch wert sein und deshalb will die SPD eine Entlohnung und Absicherung der Leiharbeiter nach dem französischen Modell: Leiharbeiter sollen das gleiche Grundgehalt wie Festangestellte zuzüglich einer Prekaritätsprämie erhalten. Damit sichern Leiharbeiter die notwendige Flexibilität der Wirtschaft und erhalten einen angemessenen Ausgleich für die Beschäfti-

gungsunsicherheit, ohne Festangestelltenverhältnisse im Unternehmen zu gefährden.

Wie wirkt sich der Mindestlohn auf die Wirtschaft aus?

Die SPD sieht sich allen Wirtschaftsakteuren gegenüber in der Verantwortung. Hätte die Einführung eines Mindestlohns negative Auswirkungen für die Unternehmen? Der Faktor Arbeit stellt oft nur noch einen (sehr) geringen Anteil an den Kosten des gesamten Produktes. Heute exportiert Deutschland fast genau so viel wie China (mit ca. 15-mal mehr Einwohnern), obwohl die Durchschnittslöhne dort häufig weit unter einem Euro pro Stunde liegen. Eine gerechte Entlohnung schränkt Industrie-Exporte also nicht ein. Vielmehr entscheiden Bildung und Forschung über Produktinnovationen und nachhaltigen Exporterfolg.

Auf dem Binnenmarkt sehen sich Firmen, die sozial verantwortliche Löhne bezahlen,

aber in der Tat von Firmen, die Lohndumping betreiben, in eine Abwärtsspirale gezwungen. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass Freiberufler, Handwerker und innovative Betriebe, die gerecht bezahlen, nicht von Firmen mit sittenwidriger Bezahlung aus dem Markt gedrängt werden. Das gilt umso mehr, wenn Dumping-Löhne vom Staat bzw. dem Steuerzahler subventioniert werden, wie heute unter Schwarz-Gelb üblich.

Die SPD fordert die sofortige Einführung eines bundesweiten, einheitlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro, der deutlich über dem Sozialminimum liegt und Arbeit für alle Menschen attraktiv macht, der die Sozialbudgets von Bund und Kommunen entlastet und dem Heuschreckenkapitalismus auf dem Arbeitsmarkt ein Ende setzt.

Dr. Laurent Joachim,
SPD Helmholtzplatz